Romandie schaut gespannt auf Nidwalden

SPRACHENSTREIT Die Nidwaldner stehen selten im Fokus. Am nächsten Sonntag sieht das anders aus. Sollte sich die Bevölkerung für nur noch eine Fremdsprache auf der Primarstufe entscheiden, hätte dies Signalwirkung.

Noch bevor überall in der Schweiz zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe eingeführt sind, könnte bereits der erste Kanton wieder ausscheren: Am Sonntag entscheidet die Stimmbevölkerung Nidwaldens über eine SVP-Initiative. Sie will, dass Primarschüler nur noch eine Fremdsprache lernen. Aus praktischen Gründen wäre dies Englisch. Denn diese Fremdsprache lernen die Nidwaldner Schüler seit dem Sommer 2005 als erste. Französisch begänne dann wieder in der siebten Klasse, wie vor dem Siegeszug des Fremdsprachenunterrichts auf der Primarstufe. Dieser begann in Nidwalden im Sommer 1996.

Bund würde intervenieren

In der Romandie und in Bundesbern wird der Urnengang mit Argusaugen beobachtet. Denn der Sprachenkompromiss, den die kantonalen Erziehungsdirektoren 2004 unterschrieben haben, bröckelt auch anderswo (siehe Kasten). Der nationale Zusammenhalt werde leiden, befürchten Politiker. Der Bund dürfte deshalb nach einem Nidwaldner Ja umgehend eine gesetzgeberische Intervention vorbereiten, um Abtrünnige zu disziplinieren. Die Kompetenz dazu hat er, wie der Bundesrat in einem kürzlich publizierten Bericht ausführt. Basis dazu bietet ihm der Bildungsartikel in der Verfassung, den das Schweizer Stimmvolk 2006 angenommen hat und der eine gewisse Harmonisierung der Volksschule verlangt.

Konkret könnte das Sprachengesetz mit einem Passus ergänzt werden, der zwei Fremdsprachen auf Primarstufenebene verbindlich einfordern würde – eine davon müsste eine Landessprache sein. Mit welcher Fremdsprache dagegen begonnen würde, darin wären die Kantone allerdings weiterhin frei. Formell aktiv werden darf der Bund erst, wenn die Kantone die Harmonisierung nicht selber hinkriegen. Die Frist dazu läuft im Sommer ab. Schon jetzt ist klar, dass beim Sprachunterricht nicht alle so weit sein werden: Aargau und Appenzell Innerrhoden setzen das Konzept erst in ein paar Jahren mit dem neuen Deutschschweizer Lehrplan um.

Ob es bereits jetzt hart auf hart kommt, ist keineswegs sicher. Zwar hat sich die Nidwaldner Regierung hinter die Initiative gestellt und damit für einigen Wirbel gesorgt. Bildungsdirektor Res Schmid (SVP) rechtfertigte den Entscheid am Westschweizer Fernsehen. Es gehe um pädagogische Gründe und nicht etwa um eine Geringschätzung der Romandie. Man kürze keine einzige Französischlektion, sie fänden einfach alle auf der Oberstufe statt. Zudem wolle man den Kontakt zur Westschweiz mit obligatorischen Sprachaufenthalten sogar stärken.

Keller gehts um Föderalismus

Klar gegen das Volksbegehren äusserte sich aber das Nidwaldner Parlament, auch die Lehrerschaft lehnt es ab. Das relativiert jene Pädagogen und die SVP etwas, die behaupten, Schülerinnen und Schüler seien mit zwei Fremdsprachen überfordert. Eine breite Koalition von Parteien hat sich in den letzten Wochen ebenfalls gegen die SVP gewandt – und interessanterweise hat selbst der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller, der die Initiative mitkonzipiert hat, in einem Podiumsgespräch gestanden, dass er gegen die Abschaffung des Französischunterrichts auf Primarstufe sei. Damit wird klar, was Keller anstachelt: Ihn stört die Bevormundung der Kantone. Die Bildungshoheit sei deren Sache, machte er schon mehrfach klar.

Christoph Aebischer

Et toi, qu'est-ce que tu penses? Möglich, dass die Nidwaldner Stimmberechtigten am Sonntag entscheiden, Primarschüler nur noch Englisch lernen zu lassen. *Keystone*

«Persönlich bin ich dafür, Frühfranzösisch beizubehalten.»

SVP-Nationalrat Peter Keller an einem Podium im Kanton Nidwalden

KOMPROMISS WACKELT

2004 waren sich die Erziehungsdirektoren einig: In der dritten Klasse beginnt der Unterricht in der ersten Fremdsprache, in der fünften Klasse der Unterricht der zweiten Fremdsprache. Die Reihenfolge legen die Kantone selber fest. Eine davon muss jedoch eine Landessprache sein. Mittlerweile sind in etlichen Kantonen Absetzbewegungen entstanden. Das Schaffhauser Parlament beauftragte die Regierung, den Sprachenkompromiss abzuändern und nur mehr eine Fremdsprache zu verlangen, das Thurgauer Parlament beauftragte die Regierung, das Frühfranzösisch abzuschaffen. Auch der Kanton St. Gallen prüft diesen Schritt. In den Kantonen Nidwalden, Graubünden und Luzern reichte die SVP Volksinitiativen ein, die nur noch eine Fremdsprache auf Primarstufe wollen, welche lässt das Begehren offen. Dazu sind in diversen Kantonen parlamentarische Vorstösse zur Thematik eingereicht worden. Auf der anderen Seite verlangen zwei Vorstösse auf Bundesebene eine Sicherung des frühen Unterrichts in einer zweiten Landessprache. *cab*

ANZEIGE

SCHULEN, INSTITUTE UND AUSBILDUNG

Arzt-/Spitalsekretärin
- Chefarztsekretärin/Med. Praxisleiter
- Sprechstundenassistenz
- Ernährungsberater/-in
- Gesundheitsberater/-Masseur/-in
- Wellnessberater/-in, Fitnesstrainer/-in

Handelsschule
- Höheres Wirtschaftsdipl. HWD/VSK
- Techn. Kaufmann/-frau eidg. FA

am ■ Abend ■ Montag ■ Samstag
Beginn: ab 27. April 2015
■ anerkannter Diplom-Abschluss
Informieren Sie sich unverbindlich!
Bénédict
AARBERGERGASSE 5 (NÄHE HAUPTBAHNHOF)
3011 BERN P PARKING METRO
TEL. 031 310 28 28
www.benedict.ch

Auslandaufenthalte
Work & Travel, Volunteering, Demi-Pair
praktikum.ch work & travel
200 m vom HB Bern
Spitalgasse 35, Tel. 031 318 55 00
www.praktikum.ch

Englisch/Franz. Ital./Spanisch Deutsch f. Fremdspr. im Free-System
Probelektion gratis!
- Sie bestimmen die Unterrichtszeit
- Sie kommen, wann Sie wollen
- Sie lernen, so rasch Sie wollen
- Intensivkurse/Privat-/Kleingruppen
- Anfänger- bis Diplomstufe

Deutsch intensiv für Fremdsprachige
Jetzt Kursbeginn!
- Moderner Gruppenunterricht
- Anfänger bis Goethe-Diplom
- Zertifikat Deutsch (ZD / ZMP / ZOP)
- vormittags/nachmittags/abends

Informieren Sie sich unverbindlich!
Bénédict
AARBERGERGASSE 5 (NÄHE HAUPTBAHNHOF)
3011 BERN P PARKING METRO
TEL. 031 310 28 28
www.benedict.ch

CsBe
Der Weg nach oben!
Ab August 2015:
Informatiker/-in EFZ
für Schulabgänger (4j) / für Berufsumsteiger (2j)
Mediamatiker/-in EFZ
4-jährige Lehre (Möglichkeit zur Berufsmaturität)
ICT Ausbildungszentrum Bern – 031 398 98 00 – www.csbe.ch

Gleichstellung für Frauen: Schweiz weist Rückstand auf

FRAUENTAG Lohngefälle zwischen den Geschlechtern, Frauen in Geschäftsleitungen, Frauen in der Politik: Die Schweiz ist im internationalen Vergleich meist bloss Mittelmass.

Frauen verdienen in der Schweiz im Schnitt fast ein Fünftel weniger als Männer. Was die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt angeht, gehört die Schweiz auch sonst nicht zu den Musterländern, wie ein europäischer Vergleich anlässlich des internationalen Frauentags vom 8. März zeigt.

In der Europäischen Union (EU) lagen die Löhne der Frauen im Jahr 2013 um 16,4 Prozent unter jenen der Männer. Am grössten waren die Differenzen nach den Zahlen der Statistikbehörde Eurostat mit 22 bis 30 Prozent in Deutschland, Tschechien, Österreich und Estland.

Mit einem Lohngefälle von 19,3 Prozent zwischen Männern und Frauen stand die Schweiz kaum besser da. Die geringsten Unterschiede beim Bruttostundenverdienst gab es 2013 mit 3 bis 7 Prozent in Slowenien, Malta, Polen, Italien und Kroatien.

Lohnschere öffnet sich

In den meisten Staaten hat sich laut Eurostat die Kluft zwischen Männer- und Frauenlöhnen seit 2008 verringert. In neun EU-Ländern vergrösserte sie sich, am stärksten in Portugal und Spanien. Auch in der Schweiz öffnete sich die Lohnschere leicht (+0,9 Prozentpunkte).

Zum Mittelmass zählt die Schweiz auch, was die berufliche Stellung der Frau betrifft. Obwohl die Frauen 46 Prozent der Erwerbstätigen des Landes ausmachen, waren sie 2013 bei den Führungskräften nur zu einem Drittel vertreten. Exakt das gleiche Verhältnis gilt für die EU.

Bestätigt wird dieses Bild vom Schilling-Report 2015, den Guido Schilling, Chef der gleichnamigen Topkadervermittlung gestern präsentierte. Aktuell stagniert gemäss dieser Untersuchung der Frauenanteil in Geschäftsleitungen bei 6 Prozent. Vor zehn Jahren lag er bei 4 Prozent.

Wachsender Frauenanteil?

Schilling stellt fest, dass für Ausländerinnen Karriere machen oft selbstverständlicher sei als für Schweizerinnen. 50 Prozent der weiblichen Geschäftsleitungsmitglieder haben einen ausländischen Pass. In den nächsten fünf Jahren, so Schilling, werde der Frauenanteil leicht wachsen und bis 2020 möglicherweise 10 Prozent erreichen.

Etwas lichter ist die Situation gemäss Schilling-Report bei den Verwaltungsräten. 2014 wurde jedes dritte vakante Mandat an eine Frau vergeben, der Frauenanteil in Verwaltungsräten beträgt 15 Prozent. Von einer Frauenquote in der Schweiz rät Schilling ab.

Langsam, aber stetig bauen die Frauen ihre politische Präsenz in der Welt aus. Die Schweiz fällt allerdings im globalen Parlamentsranking der Frauenanteile von Jahr zu Jahr zurück.

Stagnation im Nationalrat

Am 1. Januar besetzten die Frauen gemäss den Zahlen der Interparlamentarischen Union (IPU) im weltweiten Schnitt 22,1 Prozent aller Parlamentssitze. Ein Jahr zuvor waren es noch 21,8 Prozent. Innert zwanzig Jahren hat sich die Frauenquote in den nationalen Legislativen fast verdoppelt.

In der Schweiz fiel die Erhöhung des Frauenanteils im Parlament über die letzten zwanzig Jahre mit 9,5 Prozent vergleichsweise bescheiden aus: Sie belegt gerade mal den 90. Rang bezüglich der Steigerung der Frauenvertretung

Der Frauenanteil im Nationalrat stagniert seit 2008 zwischen 28,5 und 31,0 Prozent. Derzeit sind es laut IPU 30,5 Prozent. Damit belegt die Schweiz aktuell von 190 Ländern gemeinsam mit Burundi den 34. Platz. *sda*

AKTIONEN RUND UM DEN FRAUENTAG

Dreifuss heute, Demo morgen
1911 wurde der Frauentag erstmals begangen – unter anderem in der Schweiz. Heute allerdings wird der Frauentag in der Schweiz kaum mehr wahrgenommen.

Die Vereinigung **Terre des Femmes** Schweiz hat einzelne Geschäfte – in Bern etwa Tibits oder der Hallerladen – motiviert, während einiger Tage frauentagsspezifische Produkte anzubieten.

Heute Freitagnachmittag, 16–17.30 Uhr, tritt Alt-Bundesrätin **Ruth Dreifuss** an einem **Podiumsgespräch** auf, das vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit organisiert wird (Generationen-Haus, altes Burgerspital, Bern).

Die Frauen-Demonstration für Lohngleichheit und gegen die Erhöhung des Rentenalters findet morgen Samstag ab 13.30 Uhr (Schützenmatte) statt, die Abschlusskundgebung ist um etwa 15 Uhr auf dem Bundesplatz vorgesehen. *jsz*